

Gemeinderat hält an Wall fest

Lärmschutz für die Waldbrücke bleibt ein schwieriges Thema

Weingarten. Die neue Lärmkartierung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW) hat die Belastung der Waldbrücke in eine wesentlich geringere Zone eingeordnet als bisher. Dabei ging es auch beim Besuch von Regierungspräsidentin Nicolette Kressl in Weingarten vor einigen Wochen.

Bürgermeister Eric Bänziger setzte den Gemeinderat in der Sitzung am Mittwochabend in Kenntnis über das Ergebnis des Gesprächs. Fazit sei, dass für einen Lärmschutzwall keine entsprechenden Werte vorlägen und kein Geld vorhanden sei.

Dennoch soll an der Möglichkeit eines Walls festgehalten werden, sagte Bän-

ziger, denn es gebe eine Möglichkeit, Aushubmaterial aus Stuttgart 21 kostenfrei zu bekommen und im Lärmschutzwall zu verwenden.

Außerdem habe die Regierungspräsidentin signalisiert, dass das RP Weingarten verkehrlich unterstützen werde, indem der Autobahnparkplatz für die Anfahrt des Materials genutzt und damit die Belastung der Waldbrücke um 50 Prozent reduziert werde. Fritz

Küntzle (CDU) fragte, ob der Ausbau der vierten Fahrspur angesprochen wurde. Komme dieser Ausbau nicht, könne der Wall näher an die Lärmquelle gerückt werden und müsse weniger breit und weniger hoch ausfallen, pflichtete Wolfgang Wehowsky (SPD) bei. Die Gemeinde solle jetzt den Grundsatzbeschluss von 2008 wieder aufgreifen. Hans-Martin Flinspach (WBB) bekräftigte ebenfalls, die Ein-

trittsfläche des Walls zu reduzieren. Ein Meter weniger Höhe bedeute entsprechend weniger Breite.

Bänziger berichtete, er habe die naturschutzrechtliche Genehmigung erhalten, die Ausgleichsflächen seien vorhanden, die baurechtliche Genehmigung stehe noch aus. „Näherrücken“ sei nicht so einfach, dann müsse das naturschutzrechtliche Verfahren wieder aufgerollt werden. Man müsse die

Gunst der Stunde nutzen, denn die naturschutzrechtlichen Anforderungen verschärften sich von Jahr zu Jahr. Gerald Lopp (CDU) mahnte, „schnell voranzuschreiten und den Zeitfaktor zu verkürzen, wo es geht“. Der Gemeinderat solle eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe einrichten, die der Verwaltung zuarbeite.

Klaus Holzmüller (FDP) warnte trotzdem vor „Schnellschüssen“. Sei die Zufahrt über den Parkplatz realisierbar? Lage, Höhe und Neigung des Walls müssten fundiert ausgearbeitet werden. Bänziger erwiderte, die Bürger müssten beteiligt und über das Angebot des RP müsse eine schriftliche Zusage eingeholt werden. Marianne Lothar